

Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2024

Nr. gemäß der Haushaltsrede	Antrags-Nr.	Antrag	Beantwortung	
CDU-Fraktion 1	AN/336/19	Für die Bauphase B14 wird nochmals viel von uns abverlangt. Wir fragen uns, ob die Ampelschaltungen nicht effizienter und schneller vorausgeplant werden können. Laut Landratsamt sind 4-6 Wochen Vorlauf nötig. Das jüngste Beispiel, wie es nicht sein sollte war in Waldrems zu erleben. Die Stadtverwaltung wird gebeten, mit dem Landratsamt flexiblere Lösungen zu erarbeiten.	III	Die Stadtverwaltung ist immer bestrebt, die Einschränkungen bei Straßenbaumaßnahmen auf das unvermeidbare Minimum zu beschränken. Die Lichtsignalanlagen an der B 14 befinden sich jedoch in der Baulast des Landkreises und nicht der Stadt. Die Anpassung der Schaltprogramme für die Lichtsignalanlagen benötigt jedoch in der Regel eine deutlich längere Vorlaufzeit als 4 - 6 Wochen. Wenn jedoch, wie im jüngsten Fall, die Baumaßnahme sehr kurzfristig angekündigt und umgesetzt wird, verbleibt nicht ausreichend Zeit für eine entsprechende Anpassung der Schaltprogramme. Im Zuge des nun begonnen Ausbaus der B 14 werden die Lichtsignalanlagen in unmittelbarer Nähe zur B 14 entfallen. Damit wird sich auch dieses Problem lösen.
CDU-Fraktion 2	AN/337/19	In den südlichen Stadtteilen Waldrems und Heiningen fehlt es an Angeboten für Jugendliche, deshalb beantragen wir attraktive Sportangebote wie beispielsweise Volleyballplatz, Kletterwand oder anderes.	40	Im Rahmen des Sportentwicklungsplans, der durch das Kultur- und Sportamt für das Jahr 2024 geplant ist, sollen ganzheitlich auch die informellen Sportangebote begutachtet werden. Im Rahmen dessen werden auch die Angebote in Bezug auf die Sportanlagen analysiert und ein Konzept entwickelt, in welchen Stadtteilen weitere Sportanlagen implementiert werden.
CDU-Fraktion 3	AN/338/19	Das Stadtmarketing sollte das Backnanger Kärtle noch besser vermarkten und ein Backnanger Job Kärtle einführen. Mit dem Job Kärtle können die Arbeitgeber ihren Mitarbeitern einen steuerfreien Sachbezug bis 50 Euro monatlich zukommen lassen. Das stärkt den Wirtschaftsstandort Backnang und die Umsätze bleiben in der Stadt.	40	Das Stadtmarketing prüft den Antrag und nimmt die Anregung gerne mit auf.
CDU-Fraktion 5	AN/340/19	Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Entsiegelung öffentlicher Flächen zu entwerfen.	61	Die Stadtverwaltung hat bisher je nach Planungsanlass die Entsiegelung von öffentlichen Flächen in Ihre Planungsaufgaben einbezogen. Beispiele sind hier die Straßenräume in der Innenstadt oder Projekte und Blühstreifen im Rahmen von BK blüht auf. Nach Umsetzung der verkehrlichen Konzeption Grabenstraße werden die Aufwertungsmaßnahmen für die Grabenstraße auch (wenn möglich) Entsiegelungsmaßnahmen beinhalten. Im Rahmen des in 2024 zu beauftragenden Klimaanpassungskonzepts werden darüber hinaus weitergehende Ziele und Maßnahmen für die Gesamtstadt erarbeitet, um Standards für alle städtischen Flächen (Schulhöfe, Straßenräume, Stellplätze) zu definieren.

CDU-Fraktion 6	AN/341/19	Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Pläne zum Einbau von Zisternen unter öffentlichen Flächen zu erarbeiten, um im Falle von Starkregenereignissen Gefahren abzuwenden.	66	Der Einbau von Zisternen, Rigolen und weiteren Maßnahmen zur Minimierung von Gefahren aufgrund von Starkregenereignissen wird bei zukünftigen Planungen mit berücksichtigt.
CDU-Fraktion 7	AN/342/19	Wir beantragen zudem umgehend in 2024 Wärmetische in den verschiedenen städtischen Quartieren einzurichten zur weiteren Umsetzung der Wärmeplanung in allen städtischen Gebieten. Wir sehen die Rolle der Stadt darin, die Straßen und Quartiere zusammen zu bringen zu quartiersscharfen Wärmetischen. Es gibt objektive Informationen und die Quartiere finden evtl. eigene passgenaue Lösungen, bis hin zur genossenschaftlichen Heizzentrale.	61 KM	Der Vorschlag wird in die weitere Bearbeitung und Vertiefung der Daueraufgabe Wärmeplanung übernommen. Die kommenden Wärmetische finden ab Februar auf der Ebene der Interkommunalen Wärmeplanung statt. Für den Bereich Backnang Süd/Kuchengrund sind Fördergelder für einen energetischen Quartiersmanager beantragt. Für die Zeit- und kommunikationsintensive Aufgabe sind zusätzliche personelle Ressourcen notwendig.
CDU-Fraktion 8	AN/343/19	Die Stadtverwaltung wird beauftragt zur Vorbereitung auf Hitzesommer, zu den Bestandsgebäuden der Schulen, Hallen und Kindergärten die jeweilige Situation bezüglich Schattierung, Möglichkeit der Kühlung, Ausweichräumlichkeiten etc. aufzuzeigen.	65 50	Bei bereits geplanten Neubauten und Sanierungen wird dies mitberücksichtigt. Aus Kapazitätsgründen können die Bestandsgebäude nicht einzeln untersucht werden.
CDU-Fraktion 9	AN/344/19	Backnang blüht ist eine Initiative der Stadt. Um diese auch in der Innenstadt erlebbar zu machen, beantragen wir zu überprüfen, ob an der Bleichwiesenbrücke und an der Aspacher Brücke wieder bepflanzte Blumenkästen möglich sind.	66	Der Vorschlag wird in das Patenschaftsprogramm mit aufgenommen. Die Bepflanzung kann umgesetzt werden, wenn sich Paten finden lassen. Die Bepflanzung wurde aufgrund hohem Vandalismus seither nicht mehr angebracht.
CDU-Fraktion 10	AN/345/19	Die Stadt möge zusammen mit den Schulen und Schulbehörden prüfen, wo dezentrale Vorbereitungsklassen sinnvoll wären. Dies würde die Raumnot an den Schulen vermindern und für die Schüler in den VKL evtl. die Chance der besseren Diagnostik und nachfolgend passgenaueren Bildungsangeboten eröffnen.	IV	Bei den Regionalkonferenzen werden auch die Standorte der VKL-Klassen mit den Schulen und dem Staatlichen Schulamt besprochen. Ergänzt werden die stadtinternen Gespräche mit den interkommunalen Konferenzen im schulischen Bereich. Insbesondere durch die knappen räumlichen Ressourcen im innerstädtischen Bereich, befindet sich die Stadtverwaltung und das Staatl. Schulamt verstärkt in der kritischen Prüfung, wo die VKL verortet werden können.
CDU-Fraktion 11	AN/346/19	Die Stadtverwaltung möge prüfen, ob eine Fortsetzung des Europafestivals zur Förderung der Städtepartnerschaften und des europäischen Gedankens in einem gewissen Turnus wiederholt werden kann.	40	Ein Festival dieser Dimension ist nur durch das Zusammenwirken verschiedener Akteure möglich. Gerne geht die Stadtverwaltung mit dem Team des Bandhaus-Theaters sowie mit den Städtepartnerschaftsvereinen in den Austausch, um zu prüfen, ob und in welchem Zeitfenster eine Fortführung möglich ist.

CDU-Fraktion 12	AN/074/19 AN/077/19 AN/136/19 AN/143/19 AN/193/19 AN/278/19 AN/280/19 AN/282/19 AN/283/19 AN/288/19 AN/289/19	Wir halten unsere unerledigten Anträge aufrecht: 74 Runder Tisch Plastik 77 Shuttlebus Gänsemarkt und Tulpenfrühling 136 Radweg Strümpfelbach/Waldfriedhof 143 Lüftungssysteme Schulen 193 Ausbau der Radwege Südliche Stadtteile Kernstadt/Schülerverkehre 278 Überprüfung der Einhaltung der Pflanzgebote 280 Sachstandsbericht Vialytics 282 Verbesserung der Sicherheit der Geh- und Radwege Schulen/Mover aktiv 283 Ertüchtigung Parkleitsystem 288 Planung Standorte Heizzentralen 289 Ehrenamtskarte		Kenntinsnahme
Fraktion B90/Grüne 1	AN/347/19	Die Stadt hat eine wichtige Vorbildfunktion. Bislang wird knapp 90% des von der Gemeinde verbrauchten Stroms durch Ökostrom bezogen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Stadtverwaltung darum, die Stromversorgung im neuen Haushaltsjahr auf 100% erneuerbaren Strom zu erhöhen.	20	Kann bei der Bündelausschreibung 2026 des NEV's berücksichtigt werden.
Fraktion B90/Grüne 3	AN/349/19	Bei Tiefbaumaßnahmen soll durch die Klimamanagerin geprüft werden, ob eine Nahwärmeversorgung möglich ist.	III	Eine sinnvolle Nahwärmeversorgung setzt eine abgestimmte Netzplanung voraus. Bei anstehenden Tiefbaumaßnahmen wird die Netzplanung - wie bei jeder leitungsgebundenen Infrastruktur - in der Ausbauplanung durch das Tiefbauamt berücksichtigt. Daher muss die Netzplanung VOR der Ausbauplanung von Verkehrswegen vorliegen. Eine Prüfung erst zum Zeitpunkt der Ausbauplanung ist zu spät.
Fraktion B90/Grüne 4	AN/350/19	Eine lebendige Demokratie erfordert die aktive Beteiligung der Bürgerschaft. Die Möglichkeit, im Gemeinderat zu sprechen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Beteiligung von Bürger*innen und ermöglicht diesen, ihre Ansichten, Anliegen und Vorschläge direkt in den politischen Prozess einzubringen sowie Rückmeldung zu erhalten. Wir beantragen daher, die etablierte „Bürgerfragestunde“ auszuweiten und diese vor jedem zweiten Gemeinderat möglich zu machen. Dies trägt zur Legitimität und Transparenz des politischen Prozesses bei und schafft Vertrauen in die Entscheidungsfindung des Gemeinderats.	II	Derzeit sieht die Geschäftsordnung des Gemeinderats eine Bürgerfragestunde pro Quartal vor. Eine Änderung bedarf einer Anpassung der Geschäftsordnung und sollte auf Grund der anstehenden Wahlen vom neu gewählten Gremium beraten werden. Grundsätzlich wird aus Sicht der Stadtverwaltung keine Steigerung der politischen Prozesse durch die erhöhte Anzahl an Bürgerfragestunden erzielt, da sich die Fragen aus der Bürgerschaft nicht auf noch zu behandelnde Angelegenheiten in der Sitzung beziehen dürfen.
Fraktion B90/Grüne 5	AN/351/19	Der Marktanteil für E-Autos steigt auch in Backnang weiter an. Für E-Autos fehlen Ladestationen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Verwaltung zu prüfen, ob ein Lade Park nach dem Vorbild von Waiblingen in einem Gewerbegebiet in Backnang möglich ist.	61	Die Stadtverwaltung arbeitet stetig aber in einem defensiven Szenario marktbegleitend zum Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, insbesondere im Bereich "Langsamladen". Für die Schnellladeparks wiederum wird über das BMVI bundesweit ausgeschrieben. Die Stadt begleitet hierbei planerisch und über Gestattungsverträge. Im Stadtgebiet sind hierüber momentan 3 Schnellladeparks in Planung. Parallel dazu baut z.B. Aral an der Tankstelle Lerchenäcker aus.

Fraktion B90/Grüne 6	AN/352/19	Fahrradfahren wird in Backnang immer beliebter. Unser Ziel ist es, das Fahrradfahren weiter zu attraktiveren. Für das Abstellen von Fahrrädern wurde schon einiges getan. Leider fehlen Möglichkeiten in der Stadt, Fahrradtaschen sicher und zentrumsnah abzustellen. Wir bitten daher um Prüfung geeigneter Fahrrad Parkanlagen für ein sicheres Abstellen.	61	Im Rahmen des Radinfrastrukturkonzepts wird im März 2024 turnusmäßig ein Bericht im Gemeinderat erfolgen.
Fraktion B90/Grüne 7	AN/353/19	Leider werden viele Fußwege stark vermüllt. Wir möchten, dass die Fußwegeverbindungen attraktiv bleiben. Bitte dehnen Sie Ihre Reinigungsintervalle auch auf diese Bereiche aus.	66	Das Personal des Baubetriebshofes wurde für den Bereich der Straßenreinigung bereits aufgestockt. Die Stadtverwaltung hält die Situation weiterhin im Blick.
Fraktion B90/Grüne 8	AN/354/19	Für Besitzer*innen von Hunden, insbesondere, wenn Sie wenig Ortskenntnisse haben, ist es schwer, die nächsten Mülleimer für die Hinterlassenschaften ihrer Hunde zu finden. Oft werden diese daraufhin nicht ordnungsgemäß entsorgt. Es gibt verschiedenste Konzepte, wie man dem entgegenwirken kann. Wir bitten die Verwaltung um Prüfung des Konzeptes find next dog toilet. Die Dog Beutel werden in diesem Fall mit einem QR-Code ausgerüstet, damit man schnell den nächsten Mülleimer finden kann.	66	Die Stadtverwaltung verweist insbesondere auf die Eigenverantwortung der Hundebesitzer.
Fraktion B90/Grüne 9	AN/355/19	Ältere sowie Seh- und gehbehinderte Menschen haben es schon wegen der Topografie sehr schwer in Backnang. Hinzu kommen Pflastersteine, hohe Bordsteinkanten und teils gefährliche Buseinstiegsstellen. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Wir bitten die Stadtverwaltung, gemeinsam mit dem Seniorenbüro, mehrere Begehungen in der Stadt zu organisieren, um kritische Stellen zu prüfen und zu beseitigen.	III	Die Stadtverwaltung führt in regelmäßigen Abständen und bei Bedarf auch anlassbezogenen Begehungen bzw. Befahrungen des öffentlichen Stadtraums mit Menschen mit Handicaps durch. Die Ergebnisse werden in der Regel kurzfristig oder im Zusammenhang mit anstehenden Baumaßnahmen umgesetzt. Zudem werden die Fachverbände und Beauftragten der jeweiligen Gruppen im Rahmen von Bebauungsplanverfahren angehört, wenn deren Belange betroffen sind. So ist sichergestellt, dass deren Interessen frühzeitig und umfassend gehört und wenn möglich auch berücksichtigt werden.
Fraktion B90/Grüne 10	AN/356/19	Bei den Ehrungen im Technikforum ist aufgefallen, dass die Bühnen für gehbehinderte Personen schwierig oder oft gar nicht zu erreichen sind. Das Bürgerhaus ist nur bedingt barrierefrei. Öffentliche Veranstaltungsstätten müssen für alle Bürger*innen im Sinne der Gleichberechtigung zugänglich sein. Wir beantragen mit großem Nachdruck, alle Veranstaltungsräume barrierefrei auszubauen, und um zeitnahen Sachstandsbericht.	40	Die historischen Gebäude bringen im Hinblick auf die Barrierefreiheit große Herausforderungen mit sich. Für das Backnanger Bürgerhaus beispielsweise wurde geprüft, dass eine rollstuhlgerechte Rampe auf die Bühnenfläche rund 17 Meter lang sein müsste und somit im Saal leider nicht abbildbar ist. Gerne prüft die Verwaltung, ob eine Minimierung der vorhandenen Barrieren möglich ist und welche Investitionen hierfür getätigt werden müssen.
Fraktion B90/Grüne 11	AN/357/19	Der Wohnraum in Backnang ist sehr knapp geworden. In Backnang sind viele Gebäude für eine potenzielle Aufstockung oder den Ausbau des Dachgeschosses geeignet, um dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. Wir bitten die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zu den Möglichkeiten in Eigenbesitz.	III	Das Anliegen wird geprüft und im Rahmen einer anstehenden ATU-Sitzung vorgestellt.
Fraktion B90/Grüne 13	AN/359/19	Von der Stadt fordern wir, dass sie leerstehenden Wohnraum konsequent erfasst und die Eigentümer*innen von leerstehenden Wohnungen auffordert, diesen zur Verfügung zu stellen.	20	Der Stadtverwaltung ist es nicht möglich, Daten zu leerstehendem Wohnraum zu erheben. Mit der Einführung der Wiedervermittlungsprämie wurde ein Anreizsystem für Eigentümer leerstehender Wohnungen etabliert, das den Wohnungsleerstand reduziert.

Fraktion B90/Grüne 14	AN/360/19	Die Reduzierung der Fahrten mit dem Auto leistet einen wichtigen Beitrag zur CO2-Reduzierung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Einführung einer Fahrradkilometerprämie für Mitarbeitende der Verwaltung. Diese kann ein Ansporn sein, die Wege zum Arbeitsweg und zurück mit dem Fahrrad zurückzulegen. Zudem ist es ein attraktives Angebot der Verwaltung, neue Mitarbeitende zu gewinnen.	10	Aufgrund GR-Beschluss wurde 2023 der Zuschuss für das Fahrradleasing für städt. Mitarbeiter von 10 Euro auf 50 Euro monatlich erhöht. Dies führte zu einer deutlichen Steigerung der Inanspruchnahme des Fahrrades/E-Bike von 28 auf aktuell 68 Leasingverträge.
Fraktion B90/Grüne 15	AN/361/19	Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Verwaltung um Erstellung eines Konzepts, zur Verbesserung der Vorbereitung auf die Schule. (Vorschläge siehe Haushaltsrede)	50	Ein Sachstand zum Thema wird in einem der nächsten JSA gegeben. Ein Konzept zur Verbesserung der Vorbereitung auf die Schule wird erstellt und ebenfalls im JSA vorgestellt.
Fraktion B90/Grüne 16	AN/362/19	Viele Orte in und um Backnang haben erhebliches Potenzial, einen Beitrag zur ökologischen Vielfalt beizutragen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um die Erstellung und Vorstellung eines Konzepts, die Backnanger Friedhöfe ökologisch aufzuwerten. Eine Orientierung nach dem Vorbild Freiburg in Zusammenarbeit mit dem BUND erscheint uns als sinnvoll.	20 61	Friedhöfe sind per se ökologisch wertvoll. Auch bei der Gestaltung neuer Grabformen wird der Ökologie im höchsten Maße Rechnung getragen. So wurde bei den neuen Urnenparks auf eine insektenfreundliche Dauergrabpflanzung geachtet. Blühwiese, Benjeshecke und Steinhaufen wurden bereits im Waldfriedhof umgesetzt. Darüber hinaus sind im Biotopvernetzungsplan alle geeigneten Flächen berücksichtigt. Das Thema soll auch weiterhin im "Runden Tisch Friedhöfe" behandelt werden.
Fraktion B90/Grüne 17	AN/363/19	Quartiersbezogene Aktionen stärken die nachbarschaftlichen Beziehungen und die Identifikation mit dem näheren Wohnumfeld. Informelles Kennenlernen fördert das Zusammenwachsen von langjährigen und neuen Einwohner*innen. Wir bitten um die aktive Unterstützung Quartiersflohmärkten zu integrieren (am Beispiel Stuttgart).	II	Die Stadtverwaltung unterstützt auch weiterhin die Durchführung von Flohmärkten im Rahmen der rechtlichen Vorgaben.

<p>Fraktion B90/Grüne 18</p>	<p>AN/364/20</p>	<p>Baumpflanzungen sind als Klimawandelanpassungsmaßnahme das Gebot der Stunde. Leider gehen etwa 50 % der Neupflanzungen wieder ein. Dies nicht zuletzt, weil junge Bäume lange Dürreperioden noch schlechter aushalten als ältere.</p> <p>Das können wir uns aber nicht mehr leisten, denn Bäume sind unsere wichtigsten Verbündeten, um das Leben in der Stadt im Sommer. Wir müssen junge Bäume helfen, gesund groß zu werden damit die Temperaturen erträglich bleiben, als CO2-Speicher, zur Sauerstoffproduktion zum Spenden von Schatten und als Zufluchtsraum für Tiere. Zwar kümmern sich Privatleute um ihre Bäume und der Bauhof prüft den Bestand im städtischen Straßenbegleitgrün auf Verkehrssicherheit. Wo jedoch Bäume nur gezwungenermaßen gepflanzt wurden, werden diese anschließend sich selbst überlassen und niemanden interessiert, ob sie ein paar Jahre später verkümmert bzw. überhaupt nicht mehr da sind. Nur exemplarisch sei hier der Parkplatz des Kauflands in der Weissacher Straße genannt.</p> <p>Zum anderen sollte ein Anreiz gegeben werden, die jungen Bäume bei Dürre mit Wasser zu versorgen. Beispielsweise durch einen Zuschuss zum Bau eines Bewässerungssystems oder ein jährliches Kontingent gebührenfreien Wassers. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt daher die Förderung von Baumbewässerungssystemen für unbetreute Bäume im Stadtgebiet und langfristige Kontrolle des Pflanzgebots.</p>	<p>III</p>	<p>Grundsätzlich gilt: Eine kommunale Förderung von Privatpersonen oder Unternehmen zur Unterstützung der Baumbewässerung ist nicht zielführend. Dies muss aufgrund des nicht absehbaren Aufwands Aufgabe der jeweiligen Eigentümer bleiben. Die Kontrolle der Einhaltung von Pflanzgeboten gelingt nur in städtebaulich besonders gelagerten Fällen, wie z.B. großen Baugebieterschließungen. Und auch in diesen Fällen nur im Anfangsstadium. Für eine zeitlich und räumlich umfassende Kontrolle steht kein Personal zur Verfügung. Die Stadtverwaltung achtet bei Neupflanzungen auf eine gute Anwuchspflege und stellt sicher, dass Ersatzpflanzungen bei abgängigen Bäumen getätigt werden.</p>
<p>Fraktion B90/Grüne 19</p>	<p>AN/365/19</p>	<p>Vielen Wohnungsuchenden stehen Einwohnende gegenüber, die prinzipiell bereit wären, in kleineren Wohnraum umzusiedeln, wenn man ihnen alle damit verbundenen Mühen und Kosten abnehmen würde. Da es sich dabei häufig um ältere Personen handelt, bekämen Kosten abnehmen würde. Da es sich dabei häufig um ältere Personen handelt, bekämen diese auch keinen Kredit mehr, junge Familien hingegen schon. Wir bitten darum, eine Person in der Stadtverwaltung zu benennen bzw. eine Person mit geringen Stundensatz einzustellen, die Anfragen zu diesem Thema koordinieren kann (Wohnungstauschbörse). Wir bitten zudem um Veröffentlichung dieser Person auf Website und auf einer öffentlichen Veranstaltung.</p>	<p>20</p>	<p>Im Rahmen der Kommunalen Wohnraumvermittlung kann dieses Thema künftig auch abgedeckt werden.</p>

SPD-Fraktion 1	AN/366/19	Die Verwaltung berichtet über die bereits eingeleiteten Maßnahmen oder bestehende Hinderungsgründe bzgl. Unserer noch nicht beschiedenen Haushaltsanträge aus dem vergangenen Jahr, insbesondere hinsichtlich einer Lichtsignalanlage als Ersatz für den unübersichtlichen Fußgängerüberweg am Bahnhof, die dauerhafte Sicherung des Ungarndeutschen Heimatmuseums und des Rundfunkmuseums Manfred von Ardenne, einer Neugestaltung der Grünzone entlang der Talstraße, der einspurigen Verkehrsführung der Stuttgarter Str. zwischen KAWAG-Kreisel und Annonay-Brücke und notwendiger Begleitmaßnahmen, ein Konzept zur Begrünung der Sulzbacher Str. vom Dresdner Ring/Berliner Ring bis zur B 14, den konkreten Planungen zum Pavillonneubau beim Max-Born-Gymnasium und dem mehrfach in Aussicht gestellten innerstädtischen Verkehrskonzept.	61 66 65 40	Kenntnisnahme
SPD-Fraktion 2	AN/367/19	Die abgängige Fußgängerbrücke über die Murr auf Höhe der Bleichwiese wird zeitnah ersetzt und darüber hinaus konkret und realisierbar geprüft, inwieweit der Treppenaufgang zur Innenstadt attraktiviert werden kann.	III	Wie bereits im ATU berichtet, haben die Stadtwerke die notwendigen Umbauarbeiten am Gasnetz im Bereich Biegel abgeschlossen. Sobald der Winterdienst beendet ist, wird der Bauhof mit dem Rückbau der Brücke beginnen. Im Anschluss wird die Stadtverwaltung weitere Überlegungen zur Frage einer sinnvollen Brückenlösung erarbeiten und zu gegebener Zeit im ATU vorstellen.
SPD-Fraktion 3	AN/368/19	Die Verwaltung berichtet, wie sie die Zukunft unseres Stadtfriedhofs als Ort der Erinnerung und gleichzeitig wertvoller innerörtlicher Grün- u. Erholungsbereich sieht, nachdem immer mehr nicht wiederbelegte Freiflächen entstehen.	20	Friedhöfe sind per se ökologisch wertvoll. Auch bei der Gestaltung neuer Grabformen wird der Ökologie im höchsten Maße Rechnung getragen. So wurde bei den neuen Urnenparks auf eine insektenfreundliche Dauergrabpflanzung geachtet. Blühwiese, Benjeshecke und Steinhaufen wurden bereits im Waldfriedhof umgesetzt. Darüber hinaus sind im Biotopvernetzungsplan alle geeigneten Flächen berücksichtigt. Das Thema soll auch weiterhin im "Runden Tisch Friedhöfe" behandelt werden.

SPD-Fraktion 4	AN/369/19	Zur Belebung des Willy-Brandt-Platzes und als ‚Familienangebot‘ wird – wie in anderen Kommunen bereits erfolgreich erprobt – ein ‚Sommersandstrand‘ realisiert.	40 30	In zurückliegenden Jahren hat die Gaststätte Tante Emma bis 2015 einen Sommersandstrand mit Sand und Palmen aufgebaut. So wie in anderen Städten waren die Gastronomen die Betreiber, sie organisierten und trugen die Kosten für den Auf- und Abbau. Die sogenannte Hafengastronomie an der Murr wurde einmal durchgeführt, da nach einer Saison der Betreiber mangels Wirtschaftlichkeit das Projekt nicht weiter verfolgte und bislang kein nachfolgendes Interesse bekundet worden war. Überdies gab es den Stadtstrand am Bürgerhaus, der nach dem Wechsel des Konzessionsinhabers aus personellen Gründen nicht wieder aufgenommen werden konnte. Das Projekt „Tante Emma“ wurde vom ehemaligen Gastronom nicht fortgeführt, nachdem die Palmen von Vandalen angezündet worden waren. Nunmehr hat Frau Fischer bereits vier Mal den Silent Dance veranstaltet, der sich großer Beliebtheit erfreut. Am 13. Juli 2024 findet der nächste Silent Dance auf dem Willy Brandt Platz statt. Von Seiten der Gastronomen werden im Vergleich zu einem Sommerstrand, von dem nur wenige profitieren könnten, die Straßenmusiktage favorisiert. Diese wurden infolge eines gemeinsamen Austauschs mit den Gastronomen durch das Kultur- und Sportamt entwickelt und im Sommer 2023 erstmals erfolgreich durchgeführt. Zudem gibt es Hinweise von Wirten, dass der Sand als schwierig bewertet wird, da er sich auf der Fläche ausbreitet und bei Regen Ableitungsprobleme entstünden. Sandstrände würden deshalb in anderen Städten - wie Stuttgart - auf Dachterrassen errichtet, hier gäbe es Firmen, die den Auf- und Abbau vornehmen. Hier fehlt es in Backnang bislang an der Örtlichkeit und Interessenten. Die Parkhausgesellschaft Hüfner hat gegenüber der Unterzeichnerin zwar angedeutet, sich Events auf dem obersten Parkdeck vorstellen zu können, ist bislang einer Realisierung auch in Anbetracht der Zweckbindung der Parkflächen des Parkhauses Stadtmitte nicht näher getreten.
SPD-Fraktion 5	AN/370/19	Die Verwaltung legt ein Begrünungskonzept für den Biegel/Grabenbereich vor, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen, da derzeit fast der gesamte Bereich versiegelt ist.	61	Nachdem die verkehrsplanerische Lösung aus dem Dialogverfahren umgesetzt ist, wird für die Grabenstraße ein freiraumplanerischer Wettbewerb ausgeschrieben.
SPD-Fraktion 6	AN/371/19	Der Fuß- u. Radweg entlang der Kitzbüheler Str. wird zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zeitnah saniert. Gleiches gilt für den Gehweg zwischen dem Friedhof in Strümpfelbach und der ‚Germania‘.	66	Beide Sanierungsmaßnahmen sind im Haushaltsjahr 2024 zur Umsetzung eingeplant.
SPD-Fraktion 7	AN/372/19	Die Verwaltung überprüft alle relevanten Bebauungspläne auf die Verbindlichkeit eines bestehenden Anschluss- u. Benutzungszwangs für bestimmte Heizsysteme, um gegebenenfalls Anreize für eine innovative ‚Systemmodifizierung‘ zu schaffen.	61	In den rechtskräftigen Bebauungsplänen sind keinerlei Anschluss- und Benutzerzwänge enthalten. Im Bereich des Bonhoefer- und Klinikareals ist zuletzt mit privatrechtlichen Verträgen gearbeitet worden. Das Wärmeplanungsgesetz des Bundes ermöglicht nun kommunale, gebietsscharfe Satzungen zu erlassen. Hierzu sind die in der Wärmeplanung erarbeiteten Maßnahmen zu vertiefen.

SPD-Fraktion 8	AN/373/19	Die Verwaltung legt – wie mehrfach erbeten – einen Bericht vor, welche Hilfen und Unterstützungsmöglichkeiten aus ihrer Sicht bestehen, um den zunehmenden Versorgungsengpässen in der ambulanten ärztlichen Versorgung entgegenzuwirken.	WiFö	<p>Ausgangslage: Durch die gesellschaftlichen Veränderungen ist es sehr schwer geworden, eine Hausarztpraxis an eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu übergeben (verkaufen). Die jungen Ärzte tendieren heute zur Anstellung und streben größtmögliche Flexibilität an (Teilzeit, Standortunabhängigkeit etc.).</p> <p>Der Mittelbereich Backnang ist darüber hinaus geprägt von einer demographisch schwierigen Situation. Über 50% der Ärzte sind über 60 Jahre alt. In den letzten Jahren haben einige Ärzte aufgehört und leider keine Nachfolger gefunden. Zahlen: Aktuell (10/2023) weist der Bedarfsplan für den Mittelbereich Backnang eine Versorgungslage von 77,6% aus. Dies bedeutet eine leichte Verbesserung zum Bedarfsplan 06/2023 von 75,1%. Trotzdem fehlen theoretisch 14,25 Ärzte um 100% zu erreichen.</p> <p>Vergleich: Schorndorf 101,2%, Ludwigsburg 111,2%, Waiblingen/Fellbach 96,2%, Schw. Gmünd 106,5%, Ostalb Schwäbischer Wald 48,6%.</p> <p>Maßnahmen und kurzfristige Entwicklung:</p> <p>Weitere Schließungen sind im Moment nicht bekannt (Auskunft Ärzteschaft). Zum 1.1.2024 werden laut Auskunft Ärzteschaft 3 neue Ärzte in bestehende Praxen integriert. Zum 1.4. soll voraussichtlich eine Ärztin in der Praxis Schillerstraße (Schillerapotheke) neu beginnen (durch die Wirtschaftsförderung betreut). Mit 4 weiteren Ärzten laufen Gespräche. Es sollte also eine Verbesserung eintreten.</p> <p>Unterstützung: Erfreulicherweise sind in den letzten Wochen interessierte Ärzte durch die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KV BW) an die Wirtschaftsförderung (WiFö) verwiesen worden. Die WiFö versucht umgehend leerstehende Praxisräume zu vermitteln. Ebenso werden – falls benötigt – Wohnungen, KITA-Plätze sowie Arbeitsplätze für Partner vermittelt.</p> <p>Von der KV BW gibt es Fördermittel von bis zu 80.000€ für Praxisausstattung oder alternativ bis zu 3000€ Lohnzuschuss für 3 Jahre.</p> <p>Für 2024 ist in Abstimmung mit der Ärzteschaft und der KV BW eine Kampagne mit dem Abschluss einer Weiterbildungsveranstaltung für junge Ärzte in Backnang geplant.</p>
SPD-Fraktion 9	AN/374/19	Der Treppenaufgang von der Sulzbacher Brücke zum Hagenbach (Koppenberg) wird zeitnah verkehrssicher saniert.	66	Die Treppenanlage ist in einem verkehrssicheren Zustand. Die Sanierungen der Treppenanlagen im Stadtgebiet erfolgen nach technischer Notwendigkeit und unter Ausschöpfung von Synergieeffekten.
SPD-Fraktion 10	AN/375/19	Die Verwaltung untersucht– im Vorgriff auf die zu erwartenden veränderten Verkehrsströme durch den B 14 – Ausbau und die neue Verkehrsführung - wie die südlichen Stadtteile dauerhaft vom zunehmenden Durchgangsverkehr entlastet werden können. Sie prüft, welche Maßnahmen bereits jetzt umsetzbar sind (insbes. Tempo 30 auf den kompletten Ortsdurchfahrten). Letzteres soll auch die Ortsdurchfahrten in den weiteren Stadtteilen einschließen.	61	In der Lärmaktionsplanung - die gleich im Frühjahr zum Beschluss vorgelegt wird - sind Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung enthalten. Die städtebauliche Umgestaltung wird in den Jahren 2024/2025 geplant. Aufgrund der zu erwartenden hohen Investitionen empfiehlt sich die Programmaufnahme in die Städtebauförderung.
SPD-Fraktion 11	AN/376/19	Städtische Schotterflächen werden soweit möglichsiegelt und ökologisch aufgewertet.	66 61	Die Flächen werden geprüft und soweit möglich entsiegelt.

SPD-Fraktion 12	AN/377/19	Die Verwaltung setzt sich für den wiederholt erbetenen Ausbau des Fuß- u. Radwegs zwischen dem Heiningen Kreisel und dem Ortseingang Heiningen (Hundekreisel) beim Landkreis ein, damit die ordentliche Radwegverbindung zwischen dem Weissacher Tal und der Opti-Kreuzung als Anschluss an die Radwegverbindung nach Winnenden endlich Realität wird.	61	Der Landkreis hat in seiner Zuständigkeit mittlerweile einen Vorentwurf erarbeitet. Dieser befindet sich mit der Stadtverwaltung in Abstimmung. In jedem Falle wird zur Umsetzung Grunderwerb notwendig werden. Die Verwaltung wird sich für einen mündlichen Bericht zum Planungsstand im Frühjahr einsetzen.
SPD-Fraktion 13	AN/378/19	In der Erbstetter Straße werden auf Höhe der Bahnunterführung Fahrradstellplätze eingerichtet, gegebenenfalls auch gegenüber beim Haus 44.	61 66	Die Einrichtung wird im Rahmen der Maßnahme "Modernisierung des Bahnhofumfeldes" mit berücksichtigt. Die Maßnahme erfordert womöglich eine Aufweitung des Straßenraums.
SPD-Fraktion 14	AN/379/19	Die Verwaltung installiert zusätzliche Hundetoiletten (z.B. im Bereich der Schießsportanlage), um die Verschmutzung von Wegen und landwirtschaftlichen Grundstücken zu reduzieren	66	Weitere Hundetoiletten werden bedarfsgerecht nachgerüstet. Vorgeschlagene Standorte, zum Beispiel aus der Bürgerschaft, werden geprüft.
SPD-Fraktion 15	AN/380/19	Der abgängige Schulpavillon am Max-Born-Gymnasium wird zeitnah durch einen Neubau ersetzt, der auch von der Max-Eyth-Schule genutzt werden soll. Die durch den Anstieg der Schülerzahlen entstandene Raumnot an der Schillerschule wird durch bauliche Erweiterungsmaßnahmen beseitigt.	IV	Die Stadtverwaltung ist bereits mit den Schulleitungen vom MBG und der MER in die Planung eingetreten. Derzeit wird für das innovative, flexible und zukunftsweisende Campusgebäude das Raumprogramm entwickelt. In diesem Zusammenhang werden bereits in den nächsten Wochen Exkursionen anstehen. Auch für die Schillerschule werden derzeit mit den Schulleitungen der Schiller- und Pestalozzischule kurzfristige Lösungen für die Raumnot erarbeitet. Der Rechtsanspruch auf eine Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich ab 2026 wird zusätzlich räumliche Kapazitäten notwendig machen. So werden neben den kurzfristigen Maßnahmen Konzepte erstellt, um langfristig den Raumbedarfen beider Schulen Rechnung zu tragen. Für das Frühjahr 2024 sind für beide Maßnahmen Sachstandsberichte im Gemeinderat geplant.

SPD-Fraktion 16	AN/381/19	Die Verwaltung überprüft die Verkehrssicherheit der örtlichen Schulwege und beseitigt vorhandene Gefahrenstellen. Als Beispiel werden die Zebrastreifen am Potsdamer Ring in Höhe der Schulen in der Taus genannt. Vielleicht kann eine Verbesserung der Querung durch Blinklichter, Ampelanlagen oder Schülerlotsen erreicht werden.	II 30	<p>Schulwege werden grundsätzlich jährlich und unverzüglich, wenn neue Gefahren bekannt werden, von der Verkehrsbehörde zusammen mit den zu beteiligenden städtischen Fachämtern fortgeschrieben. Derzeit sind an der Gemeinschaftsschule Taus im Bereich Seelacher Weg Maßnahmen, wie die Installation von Umlaufbügeln, die das Hineinspringen der Kinder in die Fahrbahn verhindern sollen, in der Vorbereitung. Darüber hinaus werden auf dem Schulparkplatz die Granitsteine versetzt, da die Eltern wiederkehrend dagegen gefahren sind.</p> <p>Am Potsdamer Ring wurden Halteverbote im Bereich der Grundschule installiert, damit die Sicht auf den FGÜ uneingeschränkt möglich ist. Flankierend werden Geschwindigkeitsmessungen mit allen verfügbaren Überwachungsgeräten durchgeführt.</p> <p>Hinsichtlich des FGÜ an der Plaisierschule wurden weitere Sicherungsmaßnahmen erörtert und derzeit geprüft.</p> <p>Anlässlich von Beschwerden im Umfeld der Mörikeschule, die bei der Stadtverwaltung eingegangen waren und sich ohne bauliche Änderungen nicht wesentlich verbessern lassen, fand im Frühjahr 2023 ein Ortstermin bei der Mörikeschule zusammen mit Frau Moll und den städtischen Fachämtern statt. In diesem Termin war im Ergebnis festgehalten worden, dass die schwierige, verkehrliche Situation an der Mörikeschule modellhaft von einem externen Berater überprüft und als Blaupause für die weiteren Schulen verwandt wird. Der Auftrag ist zwischenzeitlich erteilt worden.</p>
SPD-Fraktion 17	AN/382/19	Die Verwaltung wird gebeten, eine Namensänderung der Sportkita zu prüfen, um falsche Erwartungen zu vermeiden.	50	<p>Der Namen der Kita hat sich fest in der Kitalandschaft etabliert. Die pädagogische Ausrichtung der Einrichtung ist durch die Namensgebung deutlich. Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interessieren sich für die Kita, auch aufgrund der klaren pädagogischen Schwerpunktsetzung im Namen. In den letzten Jahren hatten wir eine Zunahme von Bewerbungen/Einstellungen von männlichen Fachkräften in der Sportkita. Diese wurde häufig erst durch den Namen auf die Einrichtung aufmerksam. Auch auf der tollen neuen Fassade ist der Namen deutlich zu erkennen. Weder aus der Mitarbeiterschaft, noch aus der Elternschaft wird eine Änderung des Namens gefordert. Aus diesem Grund sieht die Verwaltung keinen Bedarf an einer Namensänderung.</p>
SPD-Fraktion 18	AN/383/19	Die Verwaltung prüft die Möglichkeit ein Zeitfenster für eine offene Sprechstunde bei der Ausländerbehörde einzurichten.	II	<p>Auf Grund der drastisch gestiegenen Unterbringung von geflüchteten Menschen wurde auf ein Terminvereinbarungssystem in der Ausländerbehörde umgestellt, um eine geordnete Abarbeitung der Anträge zu gewährleisten. Dies gelingt derzeit noch in angemessener Form. Sollte sich die Fallzahlen stabilisieren, ist vorgesehen - analog zum Bürgerservice - wieder offene Sprechzeiten einzurichten.</p>

Dyken 2	AN/385/19	Die Verwaltung möge ein Konzept erstellen, wie die Jugendmusikschule offene Gruppenplätze im Musikunterricht für FKP-Inhaber vergünstigt anbieten kann und welche Zuschüsse hierfür notwendig sind.	IV	Bereits jetzt können Angebote der Jugendmusik und Jugendkunstschule über den FKP bezuschusst werden.
Dyken 3	AN/386/19	Wir beantragen die Anschaffung einer Software, die Sprache in den öffentlichen Sitzungen erkennt und diese umgehend in einen Echtzeitticker umwandelt.	II	Nach § 38 GemO ist über die wesentlichen Inhalte der Verhandlungen des Gemeinderats eine Niederschrift zu fertigen. Diese werden bei der Stadt Backnang als Ergebnisniederschriften gefertigt. Die Einführung einer Aufnahmesoftware würde hier zu keiner Erleichterung und Beschleunigung der Erstellung der Niederschriften führen, da dennoch ein Protokollant zur Zusammenfassung und Prüfung notwendig wäre. Tonaufnahmen in Sitzungen sind ausschließlich zu Erstellung von Niederschriften zulässig, eine dauerhafte und unbegrenzte Zurverfügungstellung der Aufnahmen an Dritte bzw. die Öffentlichkeit ist unzulässig. Die Verwaltung setzt sich verstärkt für eine zeitnahe Erstellung der Niederschriften ein. Diese sind vor Veröffentlichung vom Vorsitzenden sowie von zwei Gemeinderäten, die an der Verhandlung teilgenommen haben, und dem Schriftführer zu unterzeichnen.
Dyken 4	AN/387/19	Die Umlage für die Arbeitnehmerüberlassung Wonnemar soll mit der Option der Verlängerung der Öffnungszeit des Freibads im Spätsommer bei Schönwetter angepasst werden, um höhere Flexibilität je nach Wetterlage zu ermöglichen.	II	Der Antrag wird in den Aufsichtsrat der städtischen Bäderbetriebsgesellschaft verwiesen.